



Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.
Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

**Bundesminister
Christian Lindner
Bundesfinanzministerium
Wilhemstr. 97
10117 Berlin**

Berlin, den 16.08.2023

Offener Brief - Kindergrundsicherung

Sehr geehrter Bundesfinanzminister Christian Lindner,

Die parlamentarische Sommerpause geht ihrem Ende zu und der Bundestag wird den Haushalt für die nächsten Jahre beschließen. Wir hoffen, dass die Kritik zahlreicher und namhafter Verbände an den Kürzungen im Sozialbereich Wirkung zeigt und Sie zu einem Umdenken bei der Bewilligung der geforderten Gelder bewegt. Uns liegt vor allem die Kindergrundsicherung am Herzen. Mit dem Entwurf einer grundsätzlichen Neugestaltung könnte es endlich gelingen, dass alle Kinder in besonders prekären Verhältnissen unterstützt werden. Die vom BMFSFJ geforderten 12 Mrd. Euro sind eine Investition in die Zukunft.

Deshalb sind wir darüber entsetzt, dass Sie nur 2 Mrd. Euro dafür vorsehen, das ist Sparen auf Kosten der Ärmsten in unserer Gesellschaft. Wir fordern Sie auf, die erforderlichen Finanzmittel von 12 Mrd. Euro freizugeben.

Die Neuregelung der Kindergrundsicherung soll endlich Leistungen in einer Hand zusammenbringen, damit das Geld da ankommt, wo es gebraucht wird. Bisher werden Beträge in Millionenhöhe erst gar nicht von den Berechtigten beantragt, da die Verfahren zu kompliziert sind. Das soll sich durch das neue Gesetz ändern.

Jedes fünfte Kind ist arm

Deutschland ist ein wohlhabendes Land und trotzdem lebt hier jedes fünfte Kind in Armut. Eine große Gruppe sind Kinder von alleinerziehenden Müttern, die wegen ihrer

Bundessprecherinnen

Luisa Arndt

Stadt Minden
0571 89303
l.arndt@minden.de

Kathrin Brüninghold

Stadt Hattingen
023 242043010
k.brueninghold@hattingen.de

Kerstin Drobick

Bezirksamt Mitte von Berlin
030 901830248
kerstin.drobick@ba-mitte.berlin.de

Juliane Fischer-Rosendahl

Bezirksamt Spandau von Berlin
030 90279301
j.fischer-rosendahl@ba-spandau.berlin.de

Katja Henze

Stadt Weißenfels
03443 370466
gleichstellung@weissenfels.de

Ulrike Königsfeld

StädteRegion Aachen
0241 51982460
ulrike.koenigsfeld@staedteregion-aachen.de

Maja Loeffler

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin
030 902932050
maja.loeffler@ba-mh.berlin.de

Dr. Marie-Luise Löffler

Stadt Heidelberg
06221 5815520
marie-luise.loeffler@heidelberg.de

Konstanze Morgenroth

Landkreis Leipzig
03433 2414100
konstanze.morgenroth@lk-l.de

Christel Steylaers

Stadt Remscheid
021 91162257
christel.steylaers@remscheid.de

Silke Tamm-Kanj

Stadt Würselen
02405 671800
silke.tamm-kanj@wuerselen.de

Anja Wirkner

Landratsamt Nürnberger Land
09123 950655
a.wirkner@nuernberger-land.de

Elke Quandt

Stadt Wolgast
03836 251122
elke.quandt@wolgast.de

Sahra-Schirin Vafai

Kolpingstadt Kerpen
02237 58256
sahra.vafai@stadt-kerpen.de

Angelika Winter

Stadt Trier
0651 9506055
angelika.winter@trier.de



Familienaufgaben oft nur in Teilzeit arbeiten können und entsprechend wenig verdienen. Diese, wie alle Kinder armer Familien, haben weniger Entwicklungschancen, haben weniger Möglichkeiten am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen und haben dadurch auch weniger Chancen eines guten Bildungsabschlusses.

Die BAG ist Dachverband von knapp 2000 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, diese erleben in ihren Städten und Kreisen hautnah was Kinderarmut bedeutet und wohin sie führt.

Kinderarmut hat Folgekosten

Natürlich benötigen Kinder mehr als reine finanzielle Absicherung, doch diese ist ein Grundstein dafür, dass auch gute Bildung ihre Wirkung voll entfalten kann. Denn nur durch angemessenen Wohnraum, ausreichend Nahrung und gute Versorgung mit Kleidung kann Wissen auf guten Boden fallen. Armut hat Folgen und erzeugt Folgekosten für die betroffenen Kinder und Familien, aber auch für den Staat im Bereich der Gesundheitsversorgung, der Bildungsbeteiligung und so auch bei der späteren Integration auf dem Arbeitsmarkt. Diese Kosten könnten zumindest minimiert werden, indem Kinder und Familien mit der Kindergrundsicherung zuverlässiger unterstützt werden. Dort zu sparen, spart am falschen Ende. Die Verhinderung von Kinderarmut ist auch ein Baustein, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Es braucht einen großen Wurf

Wir empfinden es als dringende Pflicht Ihrer Regierung Armutsrisiken zu verringern und gleiche Entwicklungs- und Teilhabechance für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Das geht nur mit ausreichendem Geld. Deshalb appellieren wir an Sie: Bitte geben Sie Ihre Blockadehaltung auf und genehmigen sie den geforderten Betrag von 12 Milliarden Euro. Mit den von Ihnen angekündigten 2 Milliarden Euro ist kein großer Wurf zu machen. Leidtragende sind die Ärmsten: Die Kinder – Unsere Zukunft!

Kinder sind wichtiger als eine schwarze Null!

Es ist absurd und fernab politischer Realitäten in Krisenzeiten die "Schuldenbremse" einhalten zu wollen: Wer im Sozialbereich sparen will, riskiert, dass die Gesellschaft kippt – mit unabsehbaren Folgekosten.

Wir wünschen uns von Ihnen als Finanzminister der „Fortschrittskoalition“ innovative Ideen, wie der Staat an mehr Einnahmen kommt, um in die soziale Zukunft unseres Landes zu investieren. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer oder die Besteuerung von Übergewinnen und die Abschaffung des Ehegattensplittings wären gute Möglichkeiten! Mit der Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen könnten laut Umweltbundesamt mehr als 65 Milliarden Euro eingespart werden, wenn Dienstwagenprivileg, Steuervergütungen von Diesel oder die Mehrwertsteuerbefreiung bei internationalen Flügen wegfielen. An Ansätzen mangelt es also nicht.

Große Unterstützung für Bekämpfung der Kinderarmut

Und noch eine Bemerkung zum Schluss: Rund 70 Prozent der Bevölkerung unterstützt nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach) die Bekämpfung von Kinderarmut. Mehr als 65 Prozent wünschen sich, dass mehr für die Chancengerechtigkeit von Kindern unabhängig von der sozialen Herkunft getan wird (Quelle: [12032 Bericht Kindergeld 2021 fin.pdf \(ifd-allensbach.de\)](#)).



**Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen**

So haben Sie neben den besten Gründen und guten Ideen also auch noch Rückendeckung.
Nun gilt es zu handeln.

Mit freundlichen Grüßen

Luisa Arndt

Bundessprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und
Gleichstellungsstellen